

Warum ist für Sachsen der Luft- und Gaschutz besonders wichtig?

Von Stud.-Ing. Siegfried Köp.

Dem deutschen Volk ist laut Schandvertrag von Versailles die aktive Luftabwehr und eine Militärluftflotte von den Feindmächten verboten worden, trotzdem unsere Mandatstaaten bis an die Zähne bewaffnet sind und wiederum besonders in der Flugwaffe sich immer mehr vervollkommen.



Patentrennzahne an der Reichstanzlei als Symbol der neuen Zeit

nen —, so hat Belgien 305, Frankreich 5000, Polen 1000, die Tschechei 800 Kampfflugzeuge des modernsten Typ für den Kriegszustand bereitgehalten —, muß sich Deutschland auf passive Luftabwehr beschränken.

Passiver Luftschutz kann aber nur dann etwas nützen, wenn die Aufklärungsarbeiten über Abwehrmaßnahmen in der Beobachtung so weit gediehen sind, daß im Ernstfall eine Panik als ausgeschlossen gelten kann und die Hilfsmannschaften bis ins kleinste mit ihren schweren Aufgaben vertraut sind.

Im Osten grenzt Sachsen an die Tschechei. In kaum zwanzig Minuten kann ein tschechisches Bombengeschwader die Industriegebiete Sachsens, Chemnitz—Zwickau, überfliegen. Von großer Wichtigkeit für feindliche Flugstaffeln ist natürlich die Zerstörung der Industriezentren im Lande des Gegners, um so eine Herstellung von Kriegsgütern und Materialien zu verhindern.

Sachsen ist überwiegend Industrie- und Schächte, Maschinenfabriken aller Art, Gießereien, Textilfabriken, Papier- und Holzstofffabriken, neben Kaserne und Kraftanlagen für Elektrizität und Gas, alles das sind Produktionsstätten, die im Kriegszustand für das Bestehen eines Landes von großer Wichtigkeit sind. Außerdem wird Sachsen von bedeutenden Eisenbahnhauptlinien in Nord-Süd- und Ost-West-Richtung durchzogen. In Leipzig, Chemnitz und Zwickau besitzt Sachsen riesige Güterbahnhöfe, ein nicht zu unterschätzendes Angriffsobjekt für feindliche Flieger. Ein weiterer strategischer Punkt besteht in den gut ausgebauten Telephon- und Telegraphenanlagen der Postämter, denn von der Nachrichtenübermittlung und dem damit verbundenen Warndienst hängt bei einem feindlichen Einfall das Leben tausender Menschen ab und der Feind wird erfahrungsgemäß zuerst versuchen, die Verbindung zwischen den Städten zu zerstören, um so eine schnelle gegenseitige Hilfe unmöglich zu machen.

Man sieht also, Sachsen bildet als Mittelpunkt des Industriezentrums in Deutschland und mit ungenügendem Grenzschutz versehen, ein außerordentlich verlockendes Angriffsziel für feindliche Fluggeschwader, und wenn das bei noch bedacht wird, daß die Tschechei 850 Kampfflugzeuge der technisch vollkommensten Bauart aufweist, so ist wohl die Warnung nicht unberechtigt, dem passiven Luft-

Waffen sind der SA. und SS. auszuliefern

Ein Erlass des bayrischen Reichskommissars München, 15. März.

In einem Erlass des Staatskommissars im Ministerium des Innern wird angeordnet, daß die bei den Bezirksämtern und sonstigen Stellen für Zwecke der Notzeit gelagerten Waffen sofort an die nächsten SA- und SS-Zentralstellen auszuliefern sind. Die Bildung einer Hilfspolizei wird in kürzester Zeit von München aus organisiert werden.

Ein weiterer Erlass des Staatskommissars Dr. Wagner bestimmt, daß das infolge der Ereignisse vom 8. bis 9. November 1933 beschlagnahmte Eigentum der NSDAP. in vollem Umfange an die Partei zurückzuführen ist. Für jeden entstandenen Schaden hat der bayerische Staat aufzukommen.

schutz besonders in Sachsen erhöhtes Augenmerk zu schenken.

Jedes Kind weiß, daß in zukünftigen Kriegen die Zivilbevölkerung in hohem Maße an Sieg oder Niederlage beteiligt ist, und die Absicht des Gegners auch das hinaus läuft, durch Zermürbung des Hinterlandes die vorn kämpfenden zum „Waffenstillstand“ zu zwingen, indem die Produktionsstätten des Meeres vernichtet werden.

Die Bombengeschwader legen über das einliche Land, werfen ihre Ladungen über den genau in ihren Karten verzeichneten Punkten ab und verschwinden ebenso schnell, wie sie gekommen sind, Tod und Verderben hinter sich lassend.

Gerade für Sachsen als Industrieland ist es deshalb von höchster Bedeutung, allen Bevölkerungsteilen die Gefahren eines Luft-

angriffes immer wieder vor Augen zu führen und unverzüglich mit den Aufklärungsarbeiten in verstärktem Maße einzusetzen.

Kürzlich konnte man in der deutschen Presse zwei Bilder sehen. Das eine stellte eine riesige Axttrappe einer Fliegerbombe dar, welche in der Hauptstraße einer polnischen Stadt aufgestellt ist und das Publikum immer an die Folgen eines feindlichen Fliegerangriffes erinnern soll; das andere zeigt eine Anzahl Frauen in einem großen Raum mit der Gasmaske vor dem Gesicht. „Französische Frauen werden im Gaschutz ausgebildet“, war darunter zu lesen. Jedermann erkennt nun deutlich, daß trotz der riesigen Kampfkraft, die beide Staaten besitzen, ihr Augenmerk doch noch stark auf die Auffklärung und Ausbildung der Zivilbevölkerung im Gas- und Luftschutz gerichtet ist.

Offenlich bringt dieses Jahr uns einen großen Schritt in unserem besonders bei feindlichen Fliegerangriffen bedrohten Sachsen vorwärts und nicht erst dann, wenn die gepanzerten Aufstellungen unserer Feinde ihre alles Leben vernichtenden Brand- und Gasbomben auf unser schönes Sachsenland herabfallen lassen.

Neue Männer

Ernennungen in Sachsen:

Dresden, 15. März.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei meldet:

Der Reichskommissar für das Land Sachsen hat den Staatsfinanzrat Ferey als mit sofortiger Wirkung mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Ministerialdirektors im Arbeits- und Wohlfahrtsministerium beauftragt.

Der Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft, Dr. Alfred Weber in Dresden, ist mit der Führung der Geschäfte der Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Dresden betraut worden.

Dem kommissarischen Leiter der Staatskanzlei, Min.-Direktor Dr. Schelcher, ist zugleich die Führung der Geschäfte des Ministerialdirektors der 2. Abteilung im Ministerium des Innern übertragen worden.

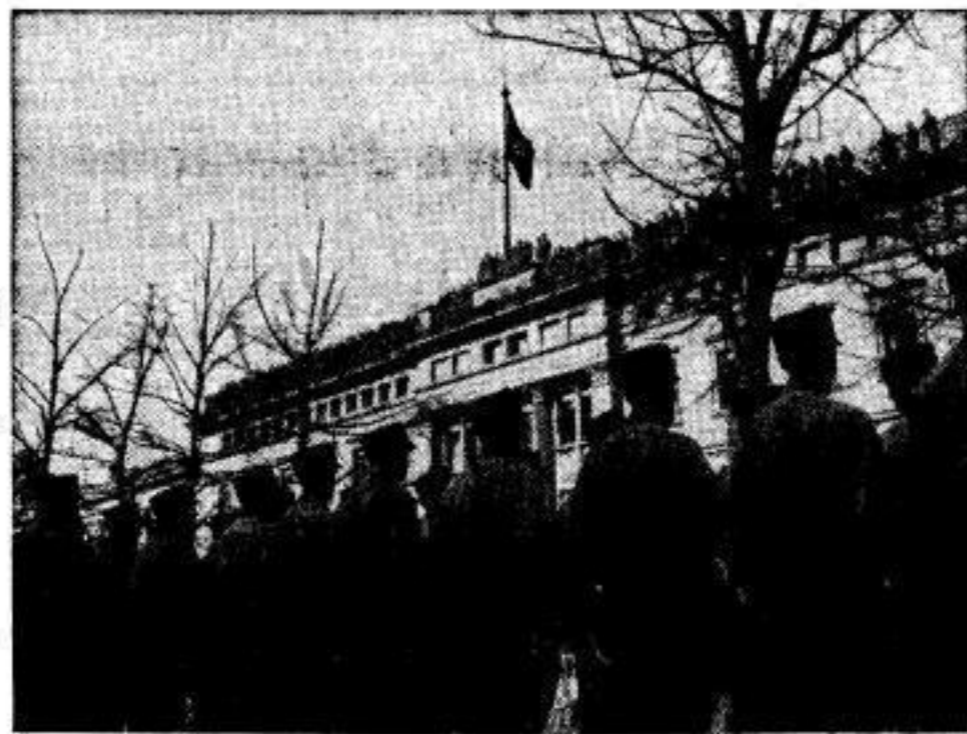
Es wurden entfernt:

Vom Reichskommissar für das Land Sachsen sind mit sofortiger Wirkung bis auf

weiteres vom Dienste beurlaubt worden: Der Regierungsamtmann bei der Amtshauptmannschaft Bautzen Franz Marx, der Regierungsamtmann bei der Amtshauptmannschaft Chemnitz Max Moritz Hofmann, der Regierungsamtmann beim Polizeipräsidium Leipzig Wilhelm Georg Mierka, der Regierungsamtmann bei der Amtshauptmannschaft Leipzig Friedrich Karl Gottward Müller, der Regierungsamtmann bei der Amtshauptmannschaft Zwickau Kurt Eduard Krippner.

In Plauen i. V. wurde dem Staatsanwalt Dr. Herzog beim Landgericht seine Tätigkeit als politischer Staatsanwalt entzogen.

Damit sind einige Novembergärtchen endgültig in der Versenkung verschwunden. Der Reichsbannerführer Krippner-Zwickau hat außerdem noch einen unangenehmen Wechsel bei uns einzulösen.



Flaggenparade vor dem Preussischen Landtag

Nationaler Aufruf zur Zeichnung Sächsischer Schakanweisungen

Dresden, 14. März.

Am Dienstag mittag erließ der kommissarische Presschef der Staatskanzlei Dr. Winter im Mitteldutschen Rundfunk einen Aufruf zur Zeichnung sächsischer Schakanweisungen, in dem es u. a. heißt:

Die kommissarische Regierung macht ganz besonders auf den Ablauf der Frist für den Umtausch bzw. die Neuzeichnung der festprozentigen, am 1. April fälligen Schakanweisungen aufmerksam, für die der Zinssatz von 6 Prozent bleibt, und deren Ausgabefuß 83 Prozent und deren Effektivzinssatz von 6 1/2 Prozent als sehr günstig anzusehen sind. Die Schakanweisungen stellen gerade angesichts der gegenwärtigen, endlich gesicherten politischen Lage

eine ausgezeichnete Kapitalanlage

dar. Nach dem Durchbruch des nationalen Deutschlands sind nunmehr in Sachsen endlich auf Jahre hinaus stabilisierte Verhältnisse eingetreten. Die neuen Männer an der Spitze der sächsischen Regierung geben die Gewähr dafür, daß nicht vorranghaft, sondern mit ruhiger, gleichmäßiger Sicherheit der wirtschaftliche Wiederaufbau Sachsens vor sich gehen wird.

Die energischen Maßnahmen des Reichskommissars Adolf Hitler und des sächsischen

Reichskommissars von Killinger haben bereits auf wirtschaftlichem Gebiet überreichende Wirkungen gezeigt. Die zahllosen Glückwünsche, die aus dem Lande Sachsen dem Reichskommissar zugehen, beweisen, daß die Wirtschaft Vertrauen in ihn hat. Die Stabilität der Wörse und der günstige Ausgang der Leipziger Welle sind weitere Beweise hierfür.

Die neuen Männer bieten also die beste Gewähr, daß alle eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf die Schakanweisungen reiflos erfüllt werden. Als in England die nationale Regierung austrat, fand das englische Volk an den Steuerfällen Schlang, um seinen Verpflichtungen, teilweise vor der Zeit nachzukommen. Ebenso sollte das sächsische Volk an den Zeichnungskonten der Schakanweisungen ein gleiches tun; jeder sächsische Staatsbürger, der dazu in der Lage ist, sollte so sein Vertrauen in die durch die nationale Revolution eingeleitete Entwicklung bekunden!

Adolf Hitler und die von ihm in Sachsen eingesetzten Männer seines Vertrauens müssen erwarten, daß das sächsische Volk

die Forderung der Stunde

erkennt und mit der gleichen Begeisterung, mit der es in den letzten Tagen die Forderung der nationalen Revolution erhob, sich zu den

Zeichnungskonten der sächsischen Schakanweisungen drängt!

Sächsische Volksgenossen! Zeigt, daß ihr eure Heimat mit heilem Herzen liebt, indem ihr Schakanweisungen als Bausteine der nationalen Zukunft Sachsens zeichnet!

Die Zeichnungsfrist läuft noch bis zum 18. März!

Sauzinssteuer ermäßigt!

Weitere Steuererleichterungen.

Berlin, 14. März.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit:

Der Tiefstand der Wirtschaft hat den bebauten Grundbesitz stark in Mitleidenschaft gezogen und seine Steuerfähigkeit stark beeinträchtigt. Es sind bereits im Mai vorigen Jahres bei den Grundbesitzsteuern über die allgemeinen Billigkeitsvorschriften hinausgehende Steuererleichterungen zugelassen worden. Sie reichen aber in vielen Fällen nicht mehr aus, um den Eigentümer hinreichend zu entlasten. Der Kommissar des Reiches für das Preussische Finanzministerium hat sich nunmehr entschlossen, noch wesentlich weiterzugehen. Es ist das Geldehen trotz der schwierigen Finanz- und Kassenlage von Staat und Gemeinden in der Erkenntnis, daß selbst eine nicht unwesentliche Einbuße an Steuereinnahmen in Kauf genommen werden muß, um durch eine

wenigstens teilweise Erleichterung des

zur Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage beizutragen.

Mit Wirkung vom 1. April dieses Jahres sollen Hauszinssteuer und staatlicher Zuschlag zur Grundvermögenssteuer in Fällen, in denen der Ertrag des Grundstücks stark herabgesunken ist, bis auf einen geringen Betrag ermäßigt werden, bei einer Ertragsminderung um zwei Drittel sogar ganz fortfallen. Bei der Grundvermögenssteuer selbst (also dem staatlichen Grundbesitz) wird die Steuer ermäßigt, nicht bloß, wie bisher, wenn Räume leerstehen, sondern auch wenn die Ertragsminderung auf sonstigen Gründen beruht, insbesondere wenn die gewerbliche Betriebs des Grundbesitzes eingeschränkt worden ist.

Für die gemeindlichen Zuschläge gilt das

Die Feststellung der Betriebseinschränkung bei Hotels und Beherbergungsbetrieben in Kur- und Badeorten (Saisonbetriebe) erfolgt auf Grund vereinfachter Vorschriften. Der schwierigen Lage der Wohnungsbauten wird besonders gedacht; sie sind zur Zeit nur durch Gemeindefürsorge zur Grundvermögenssteuer befreit. Auf die Gemeinden wird eingewirkt, die für die übrigen Wohngebäude aufgestellten Grundbesitz auch bei den Neubauten anzuwenden.

Warenhaussteuer kommt!

Berlin, 14. März.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird Preußen demnächst Zuschläge zur Gewerbesteuer bei Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften und Großfilialen erheben. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß inzwischen sämtliche gleichgeschalteten Länder in gleicher Weise vorgehen werden. Bekanntlich läßt das Realsteuergesetz am 31. März ab.

Die Gewerbesteuer ist bekanntlich ein Steuererwerb. Diese neue Maßnahme ist nicht zu verwechseln mit den im Jahre 1930 beschlossenen Sonderzuschlägen für die Umsatzsteuer bei einem Umsatz von mehr als einer Million RM.

Kommunistische Betriebsräte

in Sachsen verboten

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 hat der Reichskommissar für das Land Sachsen verordnet:

Zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wird Mitgliedern der Betriebsräte und Betriebsobmännern, die der kommunistischen Partei angehören, die Ausübung der Befugnisse aus der Betriebsratswahl bis zur endgültigen Regelung unterjagt.



Bitterjahre auf dem Reichstagsgebäude

Mittwoch, den 15. März 1933. Nr. 63. S. 3